

Tarifergebnis für die Landesbediensteten: **Mindestens 4,7% Reallohnverlust**

In einer von der Kriegswirtschaft getriebenen Welt war bei den Tarifverhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) von Anfang an sichtbar, dass die Bereitschaft zu sozialen Zugeständnissen kleiner geworden ist.

Auch hier argumentierte die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) von Anfang an und beständig mit der klammen Haushaltsslage. Eine Lohnerhöhung von sieben Prozent bei mindestens 300 Euro Erhöhung und einer Laufzeit von einem Jahr, wie von den Gewerkschaften gefordert, sei nicht finanzierbar. Das wurde gebetsmühlenartig wiederholt.

Sehr schnell schwächte ver.di-Chef Werneke dann letztes Jahr vor Beginn der ersten Verhandlungsrunde die Position der Gewerkschaften. Er wolle sich nicht weiter runterhandeln lassen als auf 5,8 Prozent für 27 Monate. Diese ohne Not angebotene Einladung zum Runterhandeln war, wie man sieht, ein Schuss ins eigene Knie. Nicht verwunderlich, dass das Ergebnis dann weit hinter den ursprünglichen Forderungen zurückblieb.

Unter Berücksichtigung der bisher erwarteten Inflation für 2026 bedeutet das einen Reallohnverlust von 4,7%. Der Gesamt-

verlust wird durch den Krieg gegen den Iran sogar noch deutlich drastischer werden.

Wir sind der Meinung, das Verhandlungsergebnis ist inakzeptabel! Es ist ein Affront gegen alle aktiven Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich an den Arbeitskampfmaßnahmen, die im Rahmen des TV-L zum Beispiel an Unikliniken durchgeführt wurden, beteiligt hatten. Auch in Landau gab es Aktionen beispielsweise an der Universität.

Die DKP sieht sich an der Seite einer kämpferischen Gewerkschaftsfront. Kommunist sein bedeutet auch, die Rolle der Gewerkschaften zu stärken und trotz aller Vorbehalte sich gewerkschaftlich zu organisieren. Also rein in die Gewerkschaft! Nur eine starke, solidarische Gewerkschaft kann für die Zukunft weiterhelfen.

Während für die Forderungen nach einer gerechten Entlohnung kein Geld da sein soll, verdreifacht sich der Verteidigungshaushalt bis 2030 auf 180 Milliarden Euro.

Hier muss unser erbitterter Widerstand ansetzen. Kampf dem sozialen Kahlschlag.

Keinen Cent für die Aufrüstung, stattdessen Milliarden Euros in den Ausbau von Schulen, Krankenhäusern, Kitas und den ÖPNV.

Dahin gehören die Milliarden!

Landtagswahl in Rheinland-Pfalz:

Quittung für Regierungspolitik

Zum Ausgang der Landtagswahl hat der DKP-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz die nachfolgend dokumentierte Erklärung veröffentlicht.

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz fanden in einer Zeit der ständigen Aufrüstung und Militarisierung der Bundesrepublik statt, aber auch des steigenden Widerstands dagegen, wie zuletzt durch die bundesweiten Schulstreiks am 5. März 2026 deutlich wurde. Die Landtagswahlen standen im Schatten des völkerrechtswidrigen Überfalls auf den Iran. Ein Drehkreuz für diesen Krieg ist die US-Air Base in Ramstein. Dass von Rheinland-Pfalz derzeit Krieg ausgeht, war in dem von Oberflächlichkeiten geprägten Wahlkampf allerdings kein Thema. Die Folgen dieses Krieges bekommen die arbeitenden Menschen dagegen an den Tankstellen und bald auch in den Supermärkten zu spüren.

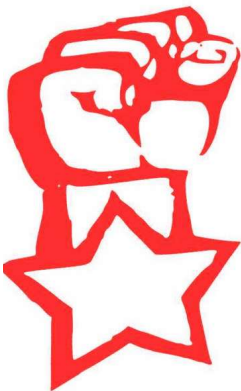
Das Wahlergebnis bedeutet eine Niederlage für die in Mainz regierende Ampel-Koalition wie für die etablierten Parteien allgemein. Die große Gewinnerin ist die AfD, mit 20%

erzielt sie ihr bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl in Westdeutschland.

Viele Angehörige der Arbeiterklasse haben der AfD ihre Stimme gegeben. Diese „neue Normalität“ ist Ausdruck der schweren Niederlage der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen. Viele Arbeiterinnen und Arbeiter haben die AfD gewählt, obwohl die Partei nur eine zugespitzte Form der seit Jahrzehnten praktizierten neoliberalen Politik der sogenannten „Mitte“ darstellt. Sie haben eine Partei gewählt, die ihre Klasse bei jeder Gelegenheit durch Rassismus und Chauvinismus spaltet und schwächt. Den angeblichen Friedenspositionen der AfD ist angesichts der Identifikation dieser Partei mit dem Kriegstreiber Donald Trump längst die Maske heruntergerissen.

Die Ursachen für den Aufstieg der Rechten finden sich in der Politik der regierenden Parteien der letzten Jahre.

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP



„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen“ (Bertolt Brecht)

Sagen was ist!

Jetzt
6 Wochen
kostenlos testen.
Oder direkt
abonnieren!



Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
unsere-zeit.de/abo/

IMPRESSUM

Herausgeber: DKP Südpfalz
V.i.S.d.P.: Manfred Brede
Impressum: dkp-rlp.de/kontakt
Auflage: 3.000 Erscheinungsweise: Quartal
Redaktionschluss: 14.04.2026
Bildnachweis: S. 4 privat

-  dkp-rlp.de/landau
-  dkp_landau@riseup.net
-  [DKP.Landau](https://www.facebook.com/DKP.Landau)
-  [dkp_suedpfalz](https://www.instagram.com/dkp_suedpfalz)



FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

DKP
SÜDPFALZ



NEIN zur Stationierung von US-Mittelstrecken- Raketen in Deutschland!



Jetzt den Berliner Appell unterschreiben!

Sie haben in Rheinland-Pfalz und im Bund mit Sozialkürzungen, Milliarden-schwerer Aufrüstung und der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen das Leben der arbeitenden Menschen verschlechtert.

Zudem haben sie die öffentliche Infrastruktur heruntergewirtschaftet und die Kommunen brutal ausgehungert. Diese Politik, welche die Interessen des Monopolkapitals, des deutschen Imperialismus aggressiv gegen die Interessen der Arbeiterklasse durchsetzt, hat den Aufstieg der AfD erst verursacht.

Jetzt inszenieren sich dieselben Parteien als „Brandmauer“ gegen die AfD und Verteidiger der Demokratie. In Wirklichkeit sind sie Teil der Rechtsentwicklung und gießen die Forderungen der AfD zunehmend in Regierungspolitik – sei es im militaristischen Umbau dieser Gesellschaft, sei es in der menschenverachtenden Asylpolitik, sei es in der Hetze gegen Erwerbslose bei einer gleichzeitigen beispiellosen Bereicherung der Ultrareichen in diesem Land. Ihre Maß-

nahmen zum vermeintlichen Schutz der Demokratie, wie die neuen Berufsverbote in RLP, richten sich tatsächlich gegen linke und antikapitalistische Kräfte. Die selbst-erklärten Parteien der „Mitte“ haben sich wieder einmal als unzuverlässige Partner im Kampf gegen den Faschismus erwiesen.

Allerdings: Unsere Zukunft wird nicht auf den Landtagsbänken entschieden. Die Wehrpflicht und die Teuerung, die Rechtsentwicklung und die Kriegsgefahr werden nicht von selbst verschwinden.

Für ihre eigenen Interessen eintreten, das können die arbeitenden Menschen, die Jugend und die Rentnerinnen und Rentner nur selbst und zusammen mit den Organisationen ihrer Klasse. Der Kampf um den Frieden und um eine Zukunft jenseits von Faschismus und Krieg muss in den Betrieben und auf der Straße geführt werden. Als Deutsche Kommunistische Partei in Rheinland-Pfalz rufen wir alle, die diese Ziele mit uns teilen, dazu auf, ihn gemeinsam zu führen.

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

DKP
SÜDPFALZ

Dritter Schulstreik gegen Kriegsdienst am 08. Mai 2026: Lebendiger Widerstand

Am 5. März 2026 haben bundesweit 50.000 Schülerinnen und Schüler gegen die Einführung des Kriegsdienstes und die damit verbundene Militarisierung gestreikt. Viel war vorher darüber spekuliert worden, dass die Zahl der Teilnehmenden stark zurückgehen würde, weil der Bundestag trotz der vorherigen Proteste erste Schritte zur Wiedereinführung der Wehrpflicht beschlossen hatte. Die Schülerinnen und Schüler bewiesen, dass sie immer noch nicht bereit sind, ihre Zukunft und ihr Leben dem Militarismus zu opfern. Auch wenn die 55.000 vom 05.12.25 nicht ganz erreicht wurden, so stieg die Zahl der Städte, in denen gestreikt wurde, sehr deutlich von etwa 100 auf über 150. Ein echter Erfolg.

Auch in Landau gab es am 05. März wieder einen Schulstreik. Leider mit weniger Teilnehmenden als beim ersten Schulstreik, aber einer durchaus ansehnlichen Beteiligung bei der Auftaktkundgebung am Alten Messplatz, bei der anschließenden Demonstration und der Abschlussaktion vor der Stiftskirche.

Dass die Schulstreikenden einen langen Atem haben, steht außer Frage, wenn man die Vorbereitung für den nächsten bundesweiten Schulstreik am 08. Mai 2026 mitbekommt.

Hoffentlich mit wieder mehr Teilnehmenden auch in Landau.

“Die Bundeswehr will an unseren Schulen werben.

Wir wollen Friedensbildung!

Rheinmetall will, dass die Aktien weiter steigen.

Wir wollen Geld für Bildung und Soziales!

Merz will, dass die Bundeswehr die größte Armee Europas wird.

Wir wollen Frieden!

Pistorius will, dass wir kriegstüchtig werden.

Wir wollen eine Zukunft!”

(Auszug aus dem Aufruf zum Schulstreik)

Weitere Infos zu Uhrzeit und Ort gibt es bei Insta mit [schulstreikgegenwehrpflicht.id](https://www.instagram.com/schulstreikgegenwehrpflicht) und unter schulstreikgegenwehrpflicht.com



FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

DKP
SÜDPFALZ